

Berlin, den 28.8.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

hier die Beantwortung Ihrer zwölf Fragen an die Karlshorster Direktkandidat*innen zum Abgeordnetenhaus:

1a) Die Bevölkerung Berlins wächst - deshalb werden auch künftig in Karlshorst Brachen und geeignete Flächen für (bezahlbaren) Wohnungsbau genutzt werden müssen. Eine Verdichtung um jeden Preis lehne ich jedoch ab. Bei Neubauvorhaben müssen Grün-, Sport- und Erholungsflächen und -einrichtungen mitgeplant und ihre Finanzierung gesichert werden. Insbesondere ist auf den Erhalt von „alten“ Bäumen zu achten. Sie prägen das Grün im Stadtteil und sind nur selten an gleicher Stelle zu ersetzen. Bei neuen Wohnquartieren ist darauf zu achten, dass vor allem Straßenbäume gepflanzt und Parkplatzanlagen grün gestaltet werden (jeder 4. Stellplatz ein Baumstandort). Zusätzlich ist die Möglichkeit der Dachbegrünung zu prüfen, um neben dem Grün auch die Luftqualität zu erhalten. Bei Vorhaben zur Verdichtung sind bei der Erstellung von Bebauungsplänen die Anwohner*innen miteinzubeziehen und ihre Interessen zu berücksichtigen - z.B. durch Planungswerkstätten.

1b) Um eine soziale Mischung zu erhalten, darf der Schwerpunkt des Wohnungsneubaus nicht auf Eigenheimsiedlungen, sondern auf einem sozialen Wohnungsbau liegen, der diesen Namen auch verdient - also mit Quadratmeterpreisen, die Normalverdiener und Menschen mit niedrigem Einkommen auch bezahlen können. Deshalb schlägt DIE LINKE vor den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in den nächsten Jahren jährlich 200 Millionen Euro zusätzliches Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, damit sie bezahlbare Wohnungen errichten bzw. aufkaufen können. Mit den Wohnungsbaugesellschaften müssen darüber verbindliche Zielvereinbarungen abgeschlossen werden. Diese Wohnungen sollen nicht nur eine befristete, sondern eine dauerhafte soziale Bindung erhalten.

1c) Wir brauchen in Berlin dringend umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur. Dazu gehört der Bau neuer Kitas und Schulen (und die Sanierung und ggf. Erweiterung beste-

hender). Wir brauchen Spiel-, Bolz- und Sportplätze - hier besteht ein klares Defizit in Lichtenberg-Süd. Eine wachsende Stadt braucht auch weitere Jugendfreizeiteinrichtungen - der Club „Rainbow“ alleine reicht nicht aus. Ebenso besteht ein Bedarf an zusätzlichen Seniorenbegegnungsstätten - die Begegnungsstätte in der Hönow 30 A ist mit einer ausgedünnten personellen Besetzung nicht ausreichend für ganz Karlshorst. Im Bereich Robert-Siewert-, Brehm-, Kötztlinger-, Roßmäßler Strasse Rheinpfalzallee und Nebenstraßen der wachsenden Gartenstadt, gibt es, wie auch im Bereich westlich der Treskowalle infrastrukturelle Lücken.

2) Ich will den Umweltverkehr aus Öffentlichem Personennahverkehr, Rad- und Fußgängerkehr stärken. Ziel ist eine Stadt, in der man ohne Auto mobil sein kann. Dazu gehört vor allem eine Verbesserung der Taktzeiten im ÖPNV, ein Ausbau der Radinfrastruktur mit durchgehenden und sicheren Radspuren und Abstellanlagen. Gehwege müssen in einen Zustand versetzt werden, dass sie auch für Menschen, die auf einen Rollator oder Rollstuhl angewiesen sind, benutzbar sind. Ich will das gegenwärtige System der jährlich steigenden Fahrpreise beenden, stattdessen müssen - wie in Wien - die Fahrpreise sinken.

Wesentlich ist, dass endlich das Großvorhaben Brückendurchfahrt am S-Bahnhof insgesamt abgeschlossen ist. Notwendig ist eine verbesserte Anbindung des Carlsgarten an das ÖPNV-Netz. Mit der BVG muss diskutiert werden, ob es veränderte bzw. erweiterte Linienführung der Straßenbahnlinie 21 (Linksabbiegen von der Ehrlichstraße in die Treskowallee). Sinnvoll wäre auch die „verunglückte Pollervariante“ am unteren Ende der Ehrenfelsstraße endgültig zu „beerdigen“ und ggf. die Linienführung für den 296 und den 396er Bus zu verändern.

Der Bau der TVO wird nur eine begrenzte Entlastung für die Treskowallee bringen - wir setzen uns deshalb auch für den Bau einer Schienen-TVO ein. Diese würde eine Alternative zum Autoverkehr schaffen und eine vierspurige Variante für die Auto-TVO überflüssig machen.

3. DIE LINKE fordert für die nächste Legislaturperiode ein umfangreiches Investitionsprogramm in die öffentliche und soziale Infrastruktur, die in den Jahren der Haushaltsnot nicht ausreichend instand gehalten wurde. Wir haben dazu auf Landesebene ein Finanzierungskonzept vorgelegt. Die Bezirke müssen von Senat und Abgeordnetenhaus in die Lage versetzt werden, die wachsenden Aufgaben zum Erhalt der Infrastruktur realisieren zu können. Statt „Sonderprogrammen“ und Finanzspritzen „außer der Reihe“ brauchen wir eine auskömmliche und kontinuierliche Finanzierung der Infrastruktur. Dazu gehört auch eine entsprechende personelle Ausstattung der Bezirke um Planung und Umsetzung der Maßnahmen realisieren zu können.

4a) Der Bau der TVO wird zu einer (begrenzten) Entlastung der Treskowallee führen. Eine Reduzierung der Lärmbelastung könnte durch eine Durchsetzung von Tempo 30 (zumindest nach 22 Uhr) erreicht werden. Es sollte auch geprüft werden, wie die Treskowalle

durch Beschränkungen des LKW-Verkehrs vom LKW-Durchgangsverkehr entlastet werden kann.

4b) Solange die Trassenführung und Ausbaustandard der TVO nicht festgelegt ist, ist es schwierig sich zur Verkehrsführung im Ortsteil zu äußern - denn die Trassenführung wird auch den Verlauf der Querverbindungen zwischen TVO und Treskowallee beeinflussen. Für Karlshorst macht der Bau der TVO nur Sinn, wenn er zu einer Entlastung des Stadtteils vom Autoverkehr führt - das muss Kriterium bei der Diskussion über Querverbindungen Maßstab sein.

Ich halte es für sinnvoll, die Planung für die Wiederaktivierung der Blockdammbücke neu zu prüfen, dies wäre eine Möglichkeit zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs.

5a) DIE LINKE hat ein umfangreiches Finanzierungskonzept für Neubau und Sanierung von Schulen vorgelegt. Unter anderem sieht dieses Konzept vor, dass die bisherigen Mittel für den baulichen Unterhalt der Schulen von 70 auf 150 Millionen jährlich aufgestockt werden, für Grundsicherung und Neubau wollen wir in den nächsten 5 Jahren 2,5 Milliarden bereitstellen.

Am geplanten neuen Standort Waldowalle 117 könnte eine Gemeinschaftsschule gegründet werden. Für Grundschulen und Kitas soll der Grundsatz „Kleine Füße - kurze Wege gelten“. In der geplanten „Parkstadt Karlshorst“ sollten zwei Kitas und eine größere Schule gebaut werden. Durch das Land müssen notwendige Flächen bereitgestellt, erworben und entsprechend dem Bedarf entwickelt werden bzw. die notwendige Infrastruktur über städtebauliche Verträge gesichert werden. Ich setze mich außerdem für eine Stärkung des Kita-Eigenbetriebs ein.

5b) Eine Absenkung der Klassenfrequenzen hat bereits nach 2011 auf 20-24 Schüler*innen je nach sozialer Struktur stattgefunden. Notwendig sind mehr Pädagogen und Hortkräfte und Gleichstellung von angestellten und verbeamteten Lehrkräften und eine Angleichung der Entlohnung an den Bundesdurchschnitt,

Zur Sanierung der Schulen schlagen wir vor, dass eine landeseigene Gesellschaft zur Grundsicherung und zum Neubau von Schulen gebildet und mit den notwendigen Finanzmitteln ausgestattet wird, um eine rasche Grundsicherung der Schulen zu ermöglichen.

6) Eine endgültige Entscheidung über die Aufgabe des Standortes Karlshorst ist noch nicht getroffen - dies hängt von davon ab, ob in Oberschöneweide zu vertretbaren Konditionen Flächen geschaffen werden können.

Ich begrüße, dass jetzt wohl die Fläche für den Bau eines neuen Sportplatzes auf dem Gelände der HTW zur Verfügung steht. Die Realisierung dieses Vorhabens sollte im Interesse des Schul-, Vereins- und Breitensport zügig erfolgen.

Sollte der Wechsel nach Schöneweide erfolgen, würde sich für den Standort Karlshorst die Möglichkeit bieten, die angespannte Lage für die Grund- und weiterführenden

Schulen zu „normalisieren“ und großzügiger zu gestalten, z.B für eine eine räumliche Erweiterung des Coppi-Gymnasiums, eine weitere Grundschule, eine integrierte Sekundarschule und/oder eine Gemeinschaftsschule, Begegnungsmöglichkeiten für alle Generationen, eine Erweiterung des Existenzgründerzentrums, Kunst- und Kulturprojekte...

7) Neben den mit dem ÖPNV gut erreichbaren Verbrauchermärkten im „Zentrum“ von Karlshorst muss es für die Bewohner*innen an der „Peripherie“ und für die Menschen, die nicht so gut zu Fuß sind, Einrichtungen für die Grundversorgung wohnungsnah geben (Beispiel: CAP, Robert-Siewert-Str.). Das ist besonders wichtig in Gebieten, wo in Verbindung mit Baumaßnahmen kaum noch oder gar keine Versorger mehr vor Ort sind (Beispiel: Prinzenviertel). Einzelhändler, die den Mut haben, dort tätig zu werden, müssten dafür mit finanziellen Entlastungen unterstützt werden (z.B. nur symbolische Ladenmiete).

8) Bei der Planung von Wohnungsbauprojekten sollte jeweils geprüft werden, inwieweit nicht störendes Gewerbe integriert werden kann. Insbesondere noch bestehende Gewerbegebiete sollten neue Wohnformen mit der Nähe von Wohnen und Arbeiten ermöglichen - z.B. Aufstellen eines B-Planes am Standort Gewerbehof Straße am Heizhaus oder am Ende der Zwieseler Straße, Blockdammweg.

9) Flächen für die Anlage von Sportplätzen sind vorhanden. Die vor Monaten vom Bezirksamt in Auftrag gegebene Expertise favorisiert drei Flächen, darunter an erster Stelle (s.o.) die Fläche der HTW. Hier müssen jetzt rasch die Schritte zur Realisierung erfolgen. Die „Vattenfall-Fläche“ im Bereich Blockdamm müsste im nächsten Schritt angegangen werden. Dort kann ein Sportplatz entstehen, der sowohl von Karlshorstern als auch von Bewohnern der Rummelsburger Bucht genutzt werden könnte, später auch von den Bewohnern der „Parkstadt“.

Ich begrüße die Initiative des Stadtrates Prüfer (DIE LINKE), der sich einen Hundepplatz in Karlshorst einsetzt. Berlin sollte hier von anderen Städten wie Wien oder New York lernen und Angebote für Menschen mit Hunden entwickeln (z.B. Auslaufgebiete für Hunde mit Bänken und Wasserspendern).

Kleingartenanlagen müssen erhalten und planungsrechtlich gesichert werden. Gleichzeitig sollten neue Formen des Gärtnerns in der Stadt entwickelt werden und gefördert werden (Gemeinschaftsgärten, interkulturelle Gärten usw.)

10) Ich freue mich, dass es zunehmend Bestrebungen interessierter und engagierter Bürger*innen gibt, das (ehemalige) Theater Karlshorst einer neuen, öffentlichen Nutzung zuzuführen. Ich möchte, dass in einer breiten öffentlichen Diskussion mit BürgerInnen, möglichen Betreibern, Bezirk und Senat und der HOWOGE ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept erarbeitet wird.

Auch den Vorschlag von Bürger*innen über eine kleine Freilichtbühne am Rheinsteinpark nachzudenken, die in den Sommermonaten genutzt werden kann, halte ich für

bedenkenswert. Auch die Trabrennbahn könnte von kulturellen Projekten genutzt werden.

11) Mehr Personal in den Grünflächenämtern und mehr Finanzen für die Gestaltung und Unterhaltung von Grün-, Freizeitsport- und Erholungsflächen wären ein wichtiger Beitrag für die Sauberkeit öffentlicher Flächen. Helfen könnte auch eine Ausweitung des gegenwärtigen Modellversuchs, wonach die BSR für die Sauberkeit in ausgewählten Grünflächen verantwortlich ist, auf alle Grünflächen. Sinnvoll ist es auch am WE die Anlagen von Müll- und Unrat zu beseitigen, dies könnte die BSR gewährleisten.

12 a) Ich werde regelmäßige Sprechstunden vor Ort abhalten, mein Bürgerbüro steht immer für Bürgeranliegen offen. Ich und meine Wahlkreismitarbeiter*innen suchen den kontinuierlichen Kontakt mit Verbänden und Initiativen im Wahlkreis, besuchen Veranstaltungen und organisieren selbst welche zu wichtigen Themen der Landespolitik. Wichtig ist mir auch der intensive Kontakt zur BVV-Fraktion meiner Partei, denn viele Themen bedürfen der Zusammenarbeit von Landes- und Bezirkspolitik.

13. Am 18. September werde ich vermutlich auch Verpflichtungen auf zentralen Wahlveranstaltungen haben, ich beabsichtige aber auch zur Wahlparty des Bürgervereins zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen